



GESUNDHEITS- POLITISCHER KOMPASS

2. Quartal 2023

Rückblick
Sommersession
2023

Weitere
gesundheitspolitische
Themen

EIN SERVICE VON



MSD

INVENTING FOR LIFE

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser

Vom 30. Mai bis zum 16. Juni 2023 versammelten sich die eidgenössischen Räte zur Sommersession. Während drei Wochen berieten sie sich unter anderem über gesundheitspolitische Geschäfte und trafen wichtige Entscheidungen für die Schweiz.

Die Prämien-Entlastungs-Initiative und die Kostenbremse-Initiative waren auch in dieser Session ein Thema. Bei beiden gibt es noch kleine Differenzen. Diskutiert wurden unter anderem auch die Volksinitiative «Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit», die Motion «Nationaler Krebsplan» und die Änderung des Transplantationsgesetzes. Die kompakte Zusammenfassung lesen Sie im Teil «Sessionsrückblick».

Der zweite Teil dieser Ausgabe enthält einen Überblick über weitere relevante gesundheitspolitische Entscheide und Meldungen im zweiten Quartal.

Wir wünschen Ihnen eine spannende Lektüre.

Ihr Team von MSD

Sessionsrückblick

Die folgenden Geschäfte behandelten die eidgenössischen Räte während der Sommersession 2023.

Bei positivem Endresultat potenzielles Inkrafttreten innerhalb von ca. 1.5 – 2 Jahren

KOSTEN

21.063 Geschäft des Bundesrates

Maximal 10 % des Einkommens für die Krankenkassenprämien (Prämien-Entlastungs-Initiative). Volksinitiative und indirekter Gegenvorschlag

Status: von beiden Räten behandelt – Differenzen. Fristverlängerung bis zum 3.10.2023.

Der Bundesrat will die Finanzierung der Prämienverbilligung der Krankenversicherung verbessern. Er lehnt die Initiative «Maximal 10 % des Einkommens für die Krankenkassenprämien (Prämien-Entlastungs-Initiative)» ab und legte einen indirekten Gegenvorschlag vor. Der Nationalrat befürwortet den Gegenvorschlag und will, dass Bund und Kantone die Krankenkassenprämien zusätzlich mit über zwei Milliarden Franken verbilligen. Der Ständerat trat nicht auf den Gegenvorschlag des Bundesrates ein, weshalb das Geschäft in der Sommersession erneut diskutiert wurde. In dieser hielt der Nationalrat an seinem Vorschlag fest. Der Ständerat sucht nun einen Kompromiss beim Ausbau der Prämienverbilligungen.

Relevant u. a. für Kantone, Krankenversicherungen und Prämienzahler:innen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20210063>

KOSTEN

21.067 Geschäft des Bundesrates

Für tiefere Prämien – Kostenbremse im Gesundheitswesen (Kostenbremse-Initiative). Volksinitiative und indirekter Gegenvorschlag (Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung)

Status: von beiden Räten behandelt – Abweichungen. Fristverlängerung bis 21.11.2023.

Im Frühjahr 2020 wurde die eidgenössische Volksinitiative «Für tiefere Prämien – Kostenbremse im Gesundheitswesen (Kostenbremse-Initiative)» eingereicht. Diese fordert die Einführung einer Kostenbremse im Gesundheitswesen. Der Bundesrat lehnt die Initiative ab und hat als indirekten Gegenvorschlag die Botschaft für die Vorgabe von Kosten- und Qualitätsziele im Gesundheitswesen gesetzlich festschreiben werden – als Massnahme gegen den Prämienanstieg. Diese Massnahme ist Teil des laufenden Kostendämpfungsprogramms. Der Ständerat hatte sich in der Frühlingssession für eine entsprechende Vorlage ausgesprochen. Der Nationalrat hält an kleinen Differenzen zum Ständerat fest.

Relevant u. a. für Kantone, Krankenversicherungen und Prämienzahler:innen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20210067>

KOSTEN

20.4092 Motion

Eingereicht von Jörg Mäder, Grünliberale Partei

Keine mengenbezogenen Lohnanreize für Spitalärzte

Status: vom Ständerat abgelehnt und somit vom Tisch.

Der Bundesrat wird beauftragt, eine Gesetzesänderung vorzulegen, mit der sichergestellt wird, dass die Kantone nur solchen Spitälern Leistungsaufträge erteilen, die ihren internen und externen Fachkräften keine mengenbezogenen Lohnanteile oder Kickbacks bezahlen.

Relevant u. a. für Spitäler, Ärzteschaft

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20204092>

Bei positivem Endresultat potenzielles Inkrafttreten innerhalb von ca. 1.5 - 2 Jahren

KOSTEN

20.4199 Motion | Eingereicht von Olivier Feller, FDP.Die Liberalen

Berechnung der Krankenkassenprämien. Transparenz der zugrunde liegenden Annahmen und Modalitäten sicherstellen

Status: vom Ständerat abgelehnt und somit vom Tisch.

Der Bundesrat wird beauftragt, Massnahmen zu ergreifen, mit denen sichergestellt ist, dass die der Berechnung der alljährlich im Herbst kommunizierten Krankenkassenprämien zugrunde liegenden Annahmen und Modalitäten transparent, klar und vollständig dargelegt werden.

Relevant u. a. für Krankenversicherungen, Prämienzahler:innen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20204199>

KOSTEN

22.3866 Motion | Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR

Keine überhöhten Entschädigungen für Geschäftsleitungs- und Verwaltungsratsmitglieder im Bereich der obligatorischen Krankenversicherung

Status: vom Ständerat abgelehnt und somit vom Tisch.

Der Bundesrat wird beauftragt, der Bundesversammlung eine Gesetzesvorlage zu unterbreiten, wonach die Entschädigung (inklusive 2. Säule und Nebenleistungen) von Geschäftsleitungsmitgliedern von Krankenversicherungen maximal 250 000 Franken pro Jahr beträgt. Für Verwaltungsratsmitglieder beträgt die maximale Entschädigung 50 000 Franken pro Jahr.

Relevant u. a. für Krankenversicherungen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20223866>

KOSTEN

23.3132 Postulat | Eingereicht von Ruedi Noser, FDP.Die Liberalen

Neuregelung der Mehrwertsteuer im Bereich der Gesundheit. Vereinfachung, Wettbewerbsneutralität und Entlastung der Konsumentinnen und Konsumenten

Status: vom Ständerat angenommen.

Der Bundesrat wird beauftragt zu prüfen, das Mehrwertsteuergesetz wie folgt anzupassen:

1. Alle Ausnahmen in Artikel 21 MVVSTG, die den Gesundheitsbereich betreffen, werden aufgehoben.
2. Versicherungsgesellschaften werden berechtigt, auf allen Behandlungskosten, die sie im Bereich der obligatorischen (und allenfalls auch der überobligatorischen) Kranken- und Unfallversicherung übernehmen/decken, den Vorsteuerabzug vorzunehmen.

Er soll dazu einen umfassenden Prüfbericht vorlegen. Insbesondere soll aufgezeigt werden, wie die Mehrwertsteuerentlastung zugunsten der Prämienzahler gesichert werden kann.

Relevant für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20233132>

Bei positivem Endresultat potenzielles Inkrafttreten innerhalb von ca. 1.5 – 2 Jahren

VERSORGUNG

23.3014 Motion

Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR

Nationaler Krebsplan

Status: vom Ständerat angenommen.

Der Bundesrat wird beauftragt, einen nationalen Krebsplan auf Basis der nationalen Strategie gegen Krebs 2014 – 2020 zu erarbeiten. In die Entwicklung des Krebsplans sollen der Bund, die Kantone sowie relevante Organisationen, Expertinnen und Experten einbezogen werden.

Relevant für alle Akteure im Bereich der Krebsversorgung

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20233014>

VERSORGUNG

22.075 Geschäft des Bundesrates

«Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit». Volksinitiative

Status: behandelt vom Nationalrat.

Der Bundesrat beantragt dem Parlament, die Initiative «Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit» ohne Gegenvorschlag abzulehnen. Die Initiantinnen und Initianten wollen mit einer Verfassungsänderung eine Impfpflicht und bei Bekämpfungsmassnahmen übertragbarer Krankheiten eine Differenzierung der Bevölkerung nach Impfstatus ausschliessen. Der Initiativtext geht indes weit über das Thema «Impfen» hinaus. Er verlangt generell, dass das Grundrecht auf körperliche und geistige Unversehrtheit vom Staat nur eingeschränkt werden darf, wenn die betroffene Person zustimmt.

Relevant für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20220075>

PATIENTENSICHERHEIT

23.023 Geschäft des Bundesrates

Transplantationsgesetz. Änderung

Status: behandelt vom Ständerat.

Der Bundesrat will die Patientensicherheit in der Transplantationsmedizin mit einem flächendeckenden Vigilanzsystem weiter erhöhen und den Vollzug optimieren. Zudem sollen die rechtlichen Grundlagen für Überkreuz-Lebendspenden im Transplantationsgesetz verankert werden. Der Bundesrat hat die Botschaft zur Änderung des Transplantationsgesetzes an seiner Sitzung vom 15. Februar 2023 zuhanden des Parlaments verabschiedet. Der Ständerat genehmigte die vorgeschlagenen Änderungen im Transplantationsgesetz einstimmig. Der Erweiterung, dass für nicht zugelassene Transplantatprodukte ein positives Kosten-Nutzen-Verhältnis zu erwarten sein muss, damit diese zeitlich befristet angewendet werden dürfen, stimmte er ebenfalls zu.

Relevant u. a. für Transplantationsmedizin, Patient:innen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20230023>

Bei positivem Endresultat potenzielles Inkrafttreten innerhalb von ca. 1.5 – 2 Jahren

PATIENTENSICHERHEIT

23.3496 Postulat

Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SR

Rechtsgrundlage und Diskriminierungsschutz bei Triage-Entscheidungen beim Zugang zu intensivmedizinischen Behandlungen

Status: vom Ständerat angenommen.

Der Bundesrat wird beauftragt aufzuzeigen, wie gesetzliche Grundlagen für Triage-Entscheidungen ausgestaltet werden könnten, welche in den Schweizer Spitälern bei Ressourcenknappheit im intensivmedizinischen Bereich – u. a. anlässlich einer Pandemie – getroffen werden müssten. Dabei soll er insbesondere prüfen, wie der gesetzliche Schutz ausgestaltet werden sollte, um sicherzustellen, dass insbesondere Menschen mit Behinderung bei solchen Triage-Entscheidungen nicht diskriminiert werden (Art. 8 Abs. 2 und 4 BV).

Relevant u. a. für Spitäler, Menschen mit Behinderung

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20233496>

DIGITALISIERUNG

20.3770 Motion

Eingereicht von Regine Sauter, FDP.Die Liberalen

Einführung eines E-Rezepts

Status: von beiden Räten angenommen.

Der Bundesrat wird beauftragt, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, damit Rezepte für Heilmittel grundsätzlich elektronisch ausgestellt und digital übertragen werden müssen. In Anbetracht unterschiedlicher digitaler Kompetenzen von Patientinnen und Patienten ist eine angemessene Alternative zum digitalen Rezept in Papierform vorzusehen.

Relevant für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20203770>

DIGITALISIERUNG

22.3163 Motion

Eingereicht von Andri Silberschmidt, FDP.Die Liberalen

Stärkung der digitalen Kompetenzen von Gesundheitsfachpersonen

Status: von beiden Räten angenommen.

Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament eine Revision der Rechtsgrundlagen zu unterbreiten, damit in der Aus-, Weiter- und Fortbildung von Gesundheitsfachpersonen (Medizinal-, Psychologie- und Gesundheitsberufe) die in der Berufspraxis erforderlichen Kompetenzen im Bereich der digitalen Transformation gelehrt werden. Neben angemessenen Kenntnissen im Umgang mit digitalen Instrumenten sollen weitere damit verbundene Kompetenzen in den Bereichen interprofessionelle Zusammenarbeit, Kommunikation, Diagnostik, Monitoring von Patientinnen und Patienten und Wissensaneignung sichergestellt werden.

Relevant u. a. für Gesundheitsfachpersonen

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20223163>

Bei positivem Endresultat potenzielles Inkrafttreten innerhalb von ca. 1.5 - 2 Jahren

FORSCHUNG

22.3890 Motion

Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur SR

Rahmengesetz für die Sekundärnutzung von Daten

Status: von beiden Räten angenommen.

Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Rahmengesetz Grundlagen zu schaffen, damit spezifische Infrastrukturen für die Sekundärnutzung von Daten in strategisch relevanten Bereichen rasch initialisiert und aufgebaut werden können.

Relevant u. a. für Gesundheitswesen, Wirtschaft, Verwaltung, Wissenschaft und Bildung

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20223890>

FORSCHUNG

22.3868 Motion

Eingereicht von der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit NR

Gender-Medizin. Schluss mit Frauen als Ausnahme in der Medizin

Status: vom Ständerat abgelehnt und somit vom Tisch.

Der Bundesrat wird beauftragt, die Forschung in der Gendermedizin, vor allem bezogen auf Frauen, zu fördern. Dazu trifft er folgende Massnahmen:

- a. Lancierung eines nationalen Forschungsprogramms zur Gendermedizin;
- b. Berücksichtigung des Kriteriums Geschlecht als Voraussetzung, um Gelder beim Schweizerischen Nationalfonds (SNF) zu erhalten;
- c. Veranlassung einer markanten Erhöhung an Forschungen über Beschwerden und Krankheiten, die speziell oder vor allem Frauen betreffen.

Relevant u. a. für Forschungsinstitutionen, Akteure im Bereich Gendermedizin

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20223868>

Weitere gesundheitspolitische Entscheide im 2. Quartal

Im Folgenden erhalten Sie einen Überblick über aktuelle gesundheitspolitische Entscheide des Bundesrates sowie Meldungen vom Bundesamt für Gesundheit (BAG), vom Bundesamt für Statistik (BFS) und vom Schweizerischen Gesundheitsobservatorium OBSAN.

KOSTEN

Genehmigung der Krankenversicherungsprämien: verstärkte Rolle der Kantone

Bundesrat

Beim Verfahren zur Genehmigung der Krankenversicherungsprämien sollen die Kantone zu den von den Versicherern berechneten Prämien Stellung nehmen können. An seiner Sitzung vom 24. Mai 2023 hat der Bundesrat das Vernehmlassungsverfahren zur Änderung des Krankenversicherungsaufsichtsgesetzes (KVAG) eröffnet. Der Gesetzesentwurf sieht auch eine Anpassung der Modalitäten für den Ausgleich von zu hohen Prämieinnahmen vor.

Relevant u. a. für Kantone, Krankenversicherungen

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-95377.html>

VERSORGUNG

EDI vereinfacht Zugang zu Arzneimitteln

Bundesamt für Gesundheit
BAG

Das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) möchte die Vergütung von in den Apotheken hergestellten Arzneimitteln erleichtern, um Engpässe zu bekämpfen. Es hat deshalb eine dringliche Änderung der Krankenpflege-Leistungsverordnung (KLV) und der Arzneimittelliste mit Tarif (ALT) beschlossen. Das EDI hat auch entschieden, die Vergütung der Teilmengenabgabe von knappen Arzneimitteln zu regeln. Diese Änderungen sollen die Arzneimittelversorgung in einer Mangellage verbessern und eine angemessene Patientenbehandlung gewährleisten. Die Änderungen traten am 1. Mai 2023 in Kraft.

Relevant u. a. für Apotheken, Patient:innen

Quelle: <https://www.bag.admin.ch/bag/de/home/das-bag/aktuell/medienmitteilungen.msg-id-94531.html>

VERSORGUNG

Bundesrat will Versorgung mit Medizinprodukten gewährleisten

Bundesamt für Gesundheit
BAG

Der Bundesrat will eine zusätzliche Frist für die Zertifizierung von Medizinprodukten gemäss der Verlängerung der entsprechenden EU-Regelung gewähren. Damit soll die Versorgung mit Medizinprodukten in der Schweiz sichergestellt werden. (...) Dazu müssen die Medizinprodukteverordnung (MepV) und die Verordnung über In-vitro-Diagnostika (IvDV) geändert werden.

Relevant u. a. für Medizinprodukte-Hersteller, Spitäler, Ärzteschaft, Patient:innen

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-94011.html>

VERSORGUNG

Bund und Kantone lancieren ein Monitoring zur Umsetzung der Pflegeinitiative

Bund und Kantone haben einen weiteren Schritt zur Umsetzung der Pflegeinitiative beschlossen. Ein Nationales Monitoring Pflegepersonal soll ab Mitte 2024 messen, ob die Massnahmen zur Umsetzung der Pflegeinitiative Wirkung zeigen und zur Verbesserung der Pflegesituation in der Schweiz beitragen.

Relevant u. a. für Pflegepersonal, Kantone

Quelle: <https://www.bag.admin.ch/bag/de/home/das-bag/aktuell/medienmitteilungen.msg-id-95512.html>

Bundesamt für Gesundheit
BAG

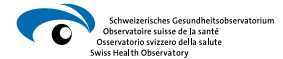
VERSORGUNG

Zukünftiger Bestand und Bedarf an Fachärztinnen und Fachärzten in der Schweiz – Teil 2: Total der Fachgebiete, Gynäkologie und Geburtshilfe, Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie, Ophthalmologie sowie Kardiologie

In diesem 2. Bericht folgen nun Berechnungen zum zukünftigen Bestand und Bedarf an Fachärztinnen und -ärzten für die folgende Fachgebiete: Gynäkologie und Geburtshilfe, Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie, Ophthalmologie, Kardiologie sowie das Total der Fachgebiete. Auch hier zeigt sich, dass die Schweiz den aktuellen und zukünftigen Bedarf an Fachärztinnen und Fachärzten ohne Einwanderung ausländischer Ärztinnen und Ärzte nicht decken kann.

Relevant u. a. für Patient:innen, Ärzteschaft, Spitäler

Quelle: <https://www.obsan.admin.ch/de/publikationen/2023-zukuenftiger-bestand-und-bedarf-fachaerztinnen-und-fachaerzten-der-schweiz>



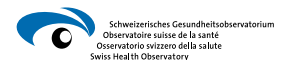
VERSORGUNG

Zukünftige ambulante Grundversorgung: Einstellungen und Präferenzen von Medizinal- und Gesundheitsfachpersonen ausgewählter Berufsgruppen

Die Medizinal- und Gesundheitsfachpersonen sehen sich in der zukünftigen ambulanten Grundversorgung mit vielen Veränderungen konfrontiert. Welche Einstellungen und Präferenzen haben sie diesbezüglich? Die vorliegende Studie der Universität Luzern und von Interface Politikstudien Forschung Beratung stellt fest: Für Gesundheitsfachpersonen ist die Übernahme der Verantwortung für den Erstkontakt und für einen Teil der Behandlung eine vielversprechende Möglichkeit, ihre Arbeit in der ambulanten Grundversorgung attraktiver zu machen. Interprofessionelle Zusammenarbeit sowie Gesundheitsnetzwerke und Gesundheitszentren als Organisationsformen stossen auf grosses Interesse. Zudem sind die Medizinal- und Gesundheitsfachpersonen bereit, sich vermehrt zugunsten von Gesundheitsförderung und Prävention zu engagieren.

Relevant u. a. für Medizinal- und Gesundheitsfachpersonen, Patient:innen

Quelle: <https://www.obsan.admin.ch/de/publikationen/2023-zukuenftige-ambulante-grundversorgung-einstellungen-und-praeferenzen-von>



PATIENTENSICHERHEIT

Bundesrat beschliesst Revision der Transplantationsverordnung

Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 16. Juni 2023 eine Anpassung der Transplantationsverordnung verabschiedet. Einzelne Punkte werden präzisiert und der Praxis angepasst. Die revidierte Verordnung tritt am 1. August 2023 in Kraft.

Relevant u. a. für Patient:innen, Ärzteschaft, Spitäler

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-95759.html>

Bundesrat

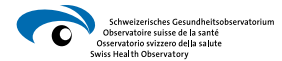
DIGITALISIERUNG

eHealth in der ambulanten Grundversorgung – Situation vor und nach Ausbruch der Corona-Pandemie

In der ambulanten Grundversorgung haben ortsungebundene Konsultationen und Distanzmonitorings seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie zugenommen, allerdings lässt sich in der Schweiz kein pandemiebedingter Digitalisierungsschub feststellen. Die Digitalisierung schreitet entsprechend dem bisherigen Trend voran und die Schweiz belegt im internationalen Vergleich weiterhin häufig einen der letzten Ränge.

Relevant u. a. für Patient:innen, Ärzteschaft, Spitäler

Quelle: <https://www.obsan.admin.ch/de/publikationen/2023-ehealth-der-ambulanten-grundversorgung>



FORSCHUNG

Forschung am Menschen: Bundesrat will Regeln der Humanforschung optimieren

Seit 2014 schützen das Humanforschungsgesetz (HFG) und seine Verordnungen Personen, die an Humanforschungsprojekten teilnehmen, und sorgen für die notwendige Qualität und Transparenz. Aufgrund einer Evaluation hat der Bundesrat entschieden, mit einer Revision des Verordnungsrechts zeitgemässe Forschungsbedingungen zu gewährleisten. Am 26. April 2023 hat er die Verordnungsanpassungen in die Vernehmlassung geschickt.

Relevant u. a. für Patient:innen und Forschungsinstitutionen

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-94578.html>

Bundesrat

FORSCHUNG

Antibiotikakrise: Nanopartikel als Therapie-Ratgeber – Schnelltest für Blutvergiftung

Bei einer Blutvergiftung müssen die Bakterien im Blut so schnell wie möglich identifiziert werden, um eine lebensrettende Therapie starten zu können. Empa-Forschende haben nun «Sepsis-Sensoren» mit magnetischen Nanopartikeln entwickelt, die Keime innert Kürze erkennen und Kandidaten für eine wirksame Antibiotika-Therapie ermitteln.

Relevant u. a. für Patient:innen, Ärzteschaft, Spitäler

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-95511.html>

Bundesrat

FORSCHUNG

Pflaster mit Sensorfunktion: Der Spion im Bauch

Damit Wunden nach einer Operation im Bauchraum dicht verschlossen bleiben, haben Forschende der Empa und der ETH Zürich ein Pflaster mit Sensorfunktion entwickelt. Das Polymerpflaster warnt, bevor gefährliche Lecks an Nähten im Magen-Darm-Trakt entstehen und schliesst die Stellen eigenständig. Ein neues Material ermöglicht nun eine schnelle, einfache und nicht-invasive Leck-Diagnose. Ihre Erkenntnisse publizierte das Team aktuell im Magazin «Advanced Science».

Relevant u. a. für Patient:innen, Ärzteschaft, Spitäler

Quelle: <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-95715.html>

Bundesrat

STATISTIK

Im Jahr 2021 sind in der Schweiz 5 957 Personen an Covid-19 gestorben

Im Jahr 2021 sind 71 192 Personen der Schweizer Wohnbevölkerung gestorben. Der Anteil an Todesfällen mit Covid-19 als Haupttodesursache lag mit 8.4 % an dritter Stelle nach Herz-Kreislauf-Krankheiten (27.6 %) und Krebs (23.7 %). In den beiden Pandemie Jahren 2020 und 2021 kam es zu zwei Perioden mit hoher Übersterblichkeit, die weitgehend auf Covid-19 als Todesursache zurückzuführen sind. In einer dritten Periode am Ende des Jahres 2021 ist das Ausmass der Übersterblichkeit dagegen nicht mehr vollständig durch Covid-19 zu erklären.

Relevant für alle Akteure im Gesundheitswesen sowie Schweizer Wohnbevölkerung

Quelle: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/aktuell/medienmitteilungen.assetdetail.24267080.html>



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Bundesamt für Statistik

STATISTIK

Kosten und Finanzierung des Gesundheitssystems im Jahr 2021 – 2021 wurden 86.3 Milliarden Franken für die Gesundheit ausgegeben

Die Gesundheitsausgaben sind 2021 gegenüber dem Vorjahr um 5.9 % gewachsen, was über dem Trend der letzten fünf Jahre liegt (+3 %). In den zwölf stark von der Covid-19-Pandemie geprägten Monaten war der grösste Kostenanstieg bei den Gesundheitsleistungen des Staates zu verzeichnen (+74.6 %).

Relevant für alle Akteure im Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/aktuell/medienmitteilungen.assetdetail.24468750.html>



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Bundesamt für Statistik

STATISTIK

Gesundheit und Lebensbedingungen: Resultate aus SILC 2021 – Die Schweiz ist das Land mit dem besten selbst wahrgenommenen Gesundheitszustand in Europa

Fast drei Viertel der Schweizer Bevölkerung fühlten sich im Jahr 2021 meistens oder ständig glücklich. 3.9 % schätzen ihren Gesundheitszustand als schlecht oder sehr schlecht ein. Dies sind so wenige wie in keinem anderen Land in Europa. Sowohl der Bildungsstand als auch das Einkommen beeinflussen das physische und psychische Wohlbefinden.

Relevant u. a. für Schweizer Bevölkerung, Gesundheitswesen

Quelle: <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/aktuell/medienmitteilungen.assetdetail.24565260.html>



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Bundesamt für Statistik

STATISTIK

Psychische Gesundheit – Erhebung Herbst 2022 – Wie geht es der Bevölkerung in der Schweiz? Sucht sie sich bei psychischen Problemen Hilfe?

Die Omnibuserhebung *Psychische Gesundheit* wurde im Herbst 2022 durchgeführt, um den psychischen Gesundheitszustand der Bevölkerung in der Schweiz umfassend zu untersuchen. Erhoben wurden dabei verschiedene Indikatoren der positiven psychischen Gesundheit (z.B. Selbstwirksamkeit, Lebenssinn, Optimismus) und Symptome psychischer Erkrankungen (Depression, Angst- und Zwangsstörung, Essstörung, post-traumatische Belastungsstörung, Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitäts-Syndrom). Weitere Fragen bezogen sich auf absichtliche Selbstverletzungen, sowie Suizidgedanken, -pläne und -versuche. Es interessierte ausserdem, ob sich Menschen mit psychischen Problemen Hilfe suchen (darüber reden, sich online informieren, sich beraten lassen, sich behandeln lassen).

Relevant u. a. für Patient:innen, Ärzteschaft, Spitäler

Quelle: <https://www.obsan.admin.ch/de/publikationen/2023-psychische-gesundheit-erhebung-herbst-2022>



Schweizerisches Gesundheitsobservatorium
Observatoire suisse de la santé
Osservatorio svizzero della salute
Swiss Health Observatory

Ausblick

Sessionen

11. – 29. September 2023 Herbstsession

4. – 22. Dezember 2023 Wintersession

Wahlen

4. Dezember 2023

Wahl des Präsidiums und Wahlen der Stimmzählenden und Ersatzstimmzählenden des Nationalrates sowie Wahl des Büros des Ständerates (Präsidium, Vizepräsidium, Stimmzähler/-in, Ersatzstimmzähler/-in)

13. Dezember 2023

Gesamterneuerungswahl des Bundesrates und Wahl des Bundespräsidenten und des Vizepräsidenten des Bundesrates

Quelle: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/sessionen/sessionsdaten>